

Durch Pluripolarität zum Sozialismus: Ein Manifest

Internationale Manifest-Gruppe

September 2021

Die herrschende Klasse ist unfähig, „noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen“, sagten Karl Marx und Friedrich Engels und forderten die Revolutionäre auf, den Kapitalismus bereits 1848 in seiner europäischen Wiege zu ersticken. Diesem Völkerfrühling folgte bald die Pariser Kommune, und weltweite revolutionäre Aktivität hielt die kapitalistischen Klassen in Furcht vor dem Gespenst des Kommunismus und förderte die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse trotz einer entschlossenen Konterrevolution.

In den imperialen Kernländern des Kapitalismus führten die Kämpfe der Werktätigen nach dem Zweiten Weltkrieg zu Wohlfahrtsstaaten und regulierten Kapitalismen, in seinen Peripherien, zu nationaler Unabhängigkeit und zu Entwicklungsstaaten. Zugleich machten sich einige Länder, beginnend mit der Russischen Revolution im Jahr 1917, an den Aufbau des Sozialismus. Zunehmend organisierten sie eine Produktion für die Bedürfnisse, verteilten die Arbeit und ihre Erträge gerecht und verhältnismäßig im Geiste der Zusammenarbeit. Trotz unvollständiger Erfolge, großer Probleme und unfassbarer Rückschläge geht der Kampf, den sie für eine Welt jenseits von Kapitalismus, Entfremdung, Imperialismus und anderen sozialen Ungerechtigkeiten aufgenommen haben, weiter.

Heute, nach Jahrzehnten wachsender kapitalistischer Widersprüche, geben die kapitalistischen Herrschaftsklassen, ob neoliberal oder rest-sozialdemokratisch, in reichen wie armen Ländern, den Worten von Marx und Engels eine makabre Bedeutung. Im Laufe von vier Jahrzehnten der politischen Begünstigung des Kapitals verlor der neoliberale Finanzmarkt- Kapitalismus die produktive Dynamik und verwandelte sich in unproduktive Plünderung, schuf nicht hinnehmbare Massenarmut, schockierende Ungleichheit, eine schwelende soziale Spaltung, drakonische politische Repression, eine wachsende Bedrohung durch einen atomaren Auslöschungskrieg, massenhafte Bevölkerungsbewegungen und einen ökologischen Notstand der Erderwärmung, der Umweltverschmutzung und des Verlustes von Artenvielfalt, der unseren Planeten zunehmend unbewohnbar macht. Wie um all dies noch zu übertreffen, antwortet dieser Kapitalismus heute auf eine grassierende Pandemie durch Opferung von Menschenleben für Kapital und Profit und durch verstärkte politische Repression. Rosa Luxemburg befürchtete bekanntlich, die Alternative zum Sozialismus wäre die Barbarei. Heute jedoch ist es die menschliche und planetare Vernichtung.

Mit den 2010er Jahren loderte die schwelende Unzufriedenheit immer häufiger in Flammen auf. Das Jahrzehnt begann mit den tunesischen Protesten, die den „Arabischen Frühling“ auslösten, und ging mit europäischen Protesten gegen Sparmaßnahmen weiter. Es endete in Schülerprotesten gegen den Klimawandel, im Kampf indischer muslimischer Frauen für Bürgerrechte, Black Lives Matter, „Gelbwesten“ in Frankreich und Protesten gegen hoffnungslos notleidende

Volkswirtschaften und politische Repression, von der Türkei über Chile bis Nigeria. Mit dem Jahr 2020 belagerten Bauern eine Regierung, die Konzernstrukturen in der Landwirtschaft durchsetzen will, und Arbeiter organisierten den größten Generalstreik der Geschichte in Indien, dem größten kapitalistischen Land der Welt.

Als die maroden Kapitalismen auf die Pandemie in zwangsläufig chaotischer Weise reagierten, brachen die Dinge ein. Ob sie es abstritten oder in irreführender Absicht Menschenleben gegen Lebensgrundlagen – ein kapitalistischer Euphemismus für Profit – ausspielten, ihre Reaktion kam einem sozialen Mord an Millionen gleich und führte zu wirtschaftlichen Krisen von historischen Ausmaßen.

Mitte 2021 forderten Bürgerinnen und Bürger Untersuchungen zu diesen mörderischen Reaktionen in imperialen Ländern, in den Straßen Brasiliens beschuldigten Millionen ihre Regierung des Völkermords und auch die Inder waren dazu bereit. Auch entstand eine breite Flutwelle der Unzufriedenheit gegen den Kapitalismus: Die Chilenen wählten eine Frau der indigenen Mapuche zur Vorsitzenden ihrer hart erkämpften verfassungsgebenden Versammlung. Die Bolivianer vereitelten einen Putschversuch. Die Palästinenser fanden zu nie dagewesener Einigkeit und Entschlossenheit im Kampf gegen einen weiteren israelischen Angriff.

Die kapitalistische Welt ist heute ein politisches Pulverfass: Wie nie zuvor wird die Zweckmäßigkeit des Kapitalismus in Frage gestellt, politische Führungsschichten verlieren ihren kontrollierenden Zugriff und die Glaubwürdigkeit der Mainstreammedien ist im Schwinden. Dagegen reagierten die sozialistischen Länder auf die Pandemie in beispielhafter Weise: China, Vietnam und sogar das blockierte Kuba verloren relativ wenige Menschenleben und halfen sogar anderen Ländern, die Pandemie zu bekämpfen. China wenigstens hat auch das Wachstum zügig wieder aufgenommen.

In der Tat verkörpert im Jahre 2021 kein Land mehr als China den – wirtschaftlichen, technologischen, ökologischen und sozialen – Fortschritt der arbeitenden Bevölkerung, wenngleich auch die Errungenschaften anderer sozialistischer Länder wie Kuba hoch zu veranschlagen sind. China hat seiner bisher schon beeindruckenden Erfolgsbilanz – der größten politischen und industriellen Revolutionen, der gründlichen Ausmerzung des Feudalismus, der Beseitigung der extremen Armut, der wichtigen Beiträge zur Lösung des ökologischen Notstands, einschließlich erneuerbarer Energien, Aufforstung und Kernfusion – jetzt auch noch die Verteidigung gegen das neuartige Corona-Virus und seine führende internationale Rolle in diesem Kampf hinzugefügt.

Kein Wunder, dass die regierende Kommunistische Partei Chinas im Juli 2021 mit Stolz ihr hundertjähriges Jubiläum feierte. Die Partei hat im Kampf der Menschheit für den Sozialismus China zu der unverzichtbaren Nation gemacht, die als würdiges Beispiel eines Landes, das den Sozialismus im Einklang mit seinen nationalen Bedingungen anstrebt, Hilfe und Inspiration anbietet.

Heute jedoch ist dieser Kampf an einem gefährlichen Punkt angelangt. Die führende imperialistische Nation versucht im Hinblick darauf, dass ihre sich seit langem zusammenbrauende Krise durch die Pandemie zum Kochen gebracht wurde und zu Chinas vielfältigen Erfolgen einen armseligem Kontrast bildet, andere imperialistische und Vasallen- Länder in einen Neuen Kalten Krieg gegen China zu führen. Wie der alte ist auch dieser Kalte Krieg ein allgemeiner imperialistischer

Angriff auf die autonome Entwicklung der Völker, von Palästina bis Peru und von Vietnam bis Venezuela. Die Vielfalt der Mittel, mit denen sie diesen führen, wird durch das weltweit fürchterlichste Arsenal unterstützt, einschließlich atomarer, chemischer, biologischer und kybernetischer Massenvernichtungswaffen. Noch nie war so viel zerstörerische Macht in so wenigen verantwortungslosen und verzweifelten

Händen konzentriert und eingesetzt gegen eine so große Mehrheit der Menschen in der Welt und der Völker mit einem objektiven Interesse am Sozialismus.

Unser Manifest entsteht in diesem Moment der Gefahr aus gründlichen und umfangreichen Diskussionen unter Aktivisten aller Kontinente, die viele sozialistische Traditionen vertreten. Es versucht mit seiner historischen und theoretischen Einschätzung der gegenwärtigen Weltlage die Klassenkämpfe und nationalen Kämpfe für den Sozialismus voran zu bringen.

Die geopolitische Ökonomie von Kapitalismus und Sozialismus

Der Kapitalismus ist mit Revolutionen eng verbunden. Bürgerliche Revolutionen mussten ihn in die Geschichte hinein befördern, Revolutionen haben ihn von Anfang an bedroht und seit 1917 haben Volksrevolutionen ihn aus der Geschichte hinaus befördert. Denn er ist entgegen liberalen Mythen die unnatürlichste Form der gesellschaftlichen Produktion, auf die die Menschheit zufällig stoßen konnte, insofern er auf der „Trennung der freien Arbeit von den objektiven Bedingungen ihrer Verwirklichung“, „vom Boden als [unserer] natürlichen Werkstatt“ und von anderen Produktionsmitteln beruht.

Diese einfache Tatsache wird allgemein weniger verstanden, als dies der Fall sein sollte, weil viele Sozialisten nicht wie die Bolschewiki und die Dritte Internationale begreifen, dass Kapitalismus und Imperialismus zusammengehören. Sie beuten Arbeiterklassen und koloniale und halbkoloniale Nationen aus. Beide leisten Widerstand. Sowohl Nationen als auch Klassen kämpfen für den Sozialismus auf dem Terrain der geopolitischen und politischen Ökonomie des Kapitalismus. Im Übrigen hat sich jede egalitäre Gemeinschaft, die mit dem Kapitalismus in Berührung kam, diesem entgegengestellt, und indigene Völker, die seinen Ansturm überlebt haben, leisten heute weiterhin Widerstand im Namen der alten Rechte, des Landes, der Umwelt und der Gemeinschaft.

In Klassenkämpfen zwischen zunehmend politisch organisierten Kapitalisten- und Arbeiterklassen erzwangen letztere von ersteren soziale Zugeständnisse, regulatorische Beschränkungen und Steuern, um die Arbeit, das Land und die Gesellschaft zu schützen.

International versuchten mächtige Staaten in der Dialektik einer ungleichen und kombinierten Entwicklung vergeblich, ihre imperiale Dominanz mit wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mitteln dauerhaft durchzusetzen, oft in Konkurrenz untereinander. Diejenigen, die sich ihnen widersetzten, versuchten, die Produktivkräfte durch Protektionismus und Staatsdirigismus zu entwickeln und so ihre ökonomische Souveränität zu behaupten. Dieser Widerstand, nicht die Ausdehnung des Weltmarktes oder des Imperialismus, verbreitete die Produktionskapazitäten auf der ganzen Welt. Der Erfolg in der Herausforderung des Imperialismus mittels wirtschaftlicher Entwicklung war dort am größten und nachhaltigsten, wo eine erfolgreiche Volksrevolution das Privatkapital von der politischen Macht verdrängte. Das Ergebnis dieser Kämpfe zwischen den imperialen Mächten und gegen sie bestand in der Multipolarität oder dem, was Hugo Chávez in

Bezug auf die Vielzahl der Pole der Macht und die Verschiedenartigkeit ihrer nationalen Formen von Kapitalismus und Sozialismus noch genauer als Pluripolarität bezeichnete.

Die frühe Pluripolarität führte zu Konkurrenz zwischen Großbritannien und seinen alten und neuen Herausforderern – Frankreich, Deutschland, USA und Japan – und zwar nicht nur um Märkte, sondern auch um Kolonien und „Wirtschaftsgebiete“, da sie noch schwache Staaten und staatenlose Gebiete erobern und vereinnahmen konnten.

Diese Konkurrenz gipfelte im Ersten Weltkrieg und einer wahrhaften dreißigjährigen Krise (1914-45) des Kapitalismus und Imperialismus, die deren Grundlagen durch die zwei Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise unterminierte. In ihrem Verlauf erreichten die Klassenkämpfe und die nationalen Kämpfe ihre Höhepunkte in der Niederlage des Faschismus, in zwei welterschütternden Revolutionen – der russischen und der chinesischen – und in der kolonialen Revolte gegen den Westen. Es lohnt sich, die Umrisse dieser Krisen nachzuzeichnen.

Krise des Imperialismus

Das zaristische Russland war das schwache Glied in der imperialen Kette, und die dagegen gerichtete russische Revolution eröffnete den langen Marsch der Menschheit zum Sozialismus. Sie erfolgte außerhalb der Heimatländer des Kapitalismus und musste soziale Gerechtigkeit und Entwicklung der Produktivkräfte gegen unerbittliche imperialistische Feindseligkeit erreichen. Tatsächlich waren die russische und die aufkommende chinesische Revolution wie zwei Augen im Sturm der progressiven Kräfte gegen den Kapitalismus und Imperialismus weltweit und gaben den Ausschlag zwischen Sieg und Niederlage im Kampf gegen den Faschismus in Europa und Asien um den Preis von jeweils etwa 30 und 20 Millionen Menschenleben.

Anerkannt als einer der wichtigsten antifaschistischen Verbündeten, beendete China 1943 fast alle Ungleichen Verträge, wurde unabhängig und 1945 eines der fünf Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen. Vier Jahre später gingen Maos Kommunisten weiter, um in dem Bürgerkrieg, der auf die Niederlage Japans folgte, den Sieg zu erringen, auch wenn die USA von da an bis 1971 das Land durch Obstruktion aus den VN und dem UNO-Sicherheitsrat heraushalten würden.

Im Moment der imperialistischen Krise erlangten auch koloniale und halbkoloniale Länder ihre Unabhängigkeit, konsequent unterstützt nur von der Sowjetunion und später von China und anderen sozialistischen Ländern. Die Haltung der USA war dagegen doppelzünftig. Ängstlich darauf bedacht, die westliche Vorherrschaft zu erhalten, warfen sie Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, um die Sowjetunion einzuschüchtern. Begierig auf ökonomischem Zugang zu den ehemaligen europäischen Kolonien, unterstützten sie deren Unabhängigkeit, führten aber auch nach 1945 nicht weniger als fünfzig Mal Krieg gegen Nationen der Dritten Welt. Ihr teures Waffenarsenal konnte es aber nicht aufnehmen mit der politischen Entschlossenheit heroischer Völker, die für ihre Unabhängigkeit kämpften, wie die von chinesischen Freiwilligen unterstützten Koreaner oder die von Ho Chi Minh angeführten Vietnamesen. Militärisches Versagen der USA übersät heute Irak, Syrien und Afghanistan.

Unabhängige Nationen der Dritten Welt nahmen eine autonome und egalitäre nationale Entwicklung und Industrialisierung in Angriff, mit dem Ziel, die imperialistischen Fesseln zu brechen und inspiriert sowie auch unterstützt von den inzwischen zahlreichen Sozialismus- Spielarten, die ebenfalls ihre Produktionssysteme von einem niedrigen Niveau aus entwickeln mussten. Die Schwellenländer der 1970er und 1980er Jahre sowie die BRICS-Länder und aufstrebenden Volkswirtschaften der 2000er Jahre zählen zu den bekannteren Erfolgen, aber auch andere Länder konnten deutlich zulegen. Der Untergang der Sowjetunion hat den Sozialismus zurückgeworfen, aber es war nicht das Ende des Sozialismus, sondern nur das Ende des Anfangs des Sozialismus. Der Weg zum Sozialismus und schließlich zum Kommunismus ist lang. Gesellschaften, die diesen Weg eingeschlagen haben, werden nicht auf magische Weise von Klassen- und historischen Widersprüchen befreit. Rückschläge sind möglich. Schließlich ereigneten sich sozialistische Revolutionen bis heute in armen Ländern. Deren Produktivkräfte zu entwickeln, ist nicht nur viel schwieriger als von den Gewinnen des Imperialismus zu leben; dies musste gegen imperialistischen Druck erreicht werden. Die politischen Führungen, die dies unternehmen, können auch verbürokratisieren und den Kontakt zum Volk verlieren. Aspekte von Stalins Kollektivierung oder Maos Großem Sprung nach vorn bestanden in Kombinationen dieser Schwierigkeiten.

Die bisherige Geschichte des Sozialismus erinnert an Engels' Aussage, dass der Sozialismus nicht „ein ein für alle allemal fertiges Ding“ ist, sondern „als in fortwährender Veränderung und Umbildung zu fassen“ ist und an Marx' Bemerkungen zu proletarischen Revolutionen:

Proletarische Revolutionen ...kritisieren beständig sich selbst,...kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht.“

Die unbestimmte Ungeheuerlichkeit unserer Aufgaben verlangt, dass wir das Erbe der Sowjetunion und aller bisherigen Versuche des Aufbaus des Sozialismus bewahren, aufgehoben mit einer historisch gerechten Bilanz ihrer Leistungen, Einschränkungen und Misserfolge. Schließlich haben diese Versuche ironischerweise auch einen Kapitalismus in der Krise gerettet.

Krise des Kapitalismus

Lenin und andere Marxisten entwickelten zu Recht die Einsichten von Marx und argumentierten zu Recht, dass der Kapitalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts seine „höchste Stufe“ erreicht hatte. Er hatte seine historische Mission erfüllt, die Produktivkräfte durch die Vergesellschaftung der Produktion zu entwickeln, wenn auch brutal und chaotisch. Der frühe Wettbewerbskapitalismus vergesellschaftete die Arbeit zwischen Unternehmen. Später vertiefte der Monopolkapitalismus die innerbetriebliche technische Arbeitsteilung. Danach zeigte der Kapitalismus deutlicher als irgendwelche kraftvollen Tugenden des Wettbewerbs, die er je gehabt haben mag, die dekadenten und Rentier-Einkünfte erheischenden Laster des

Monopols, das Ressourcen von der Produktion abzweigte und den Wettbewerb unterdrückte.

Diese überreifen Kapitalismen stürzten die Welt in die dreißigjährige Krise, und nach 1945 konnten sich die kapitalistischen Volkswirtschaften nur dadurch stabilisieren und ein drei Jahrzehnte dauerndes „goldenes Zeitalter“ genießen, indem sie in Bezug auf Sozialfürsorge, öffentliches Eigentum und Planung und wie im Falle von Japan, Südkorea und Taiwan auf Landreform Anleihen bei dem politischen Werkzeugkasten der kommunistisch geführten Länder machten. Diese Maßnahmen förderten Wachstum, erweiterten den Konsum der Arbeiterklasse (als Ausgleich für verlorene koloniale Märkte) und förderten Forschung und Entwicklung zur Steigerung der Produktivität. Die USA waren gezwungen, die durch staatliches Handeln bewirkte „wundersame“ Erholung der Rivalen zu dulden und sogar zu unterstützen, weil dadurch die westliche Arbeiterklasse und die östlichen Bauern gegen den Kommunismus geimpft wurden.

Die Anziehungskraft des Kommunismus war beträchtlich. Die kommunistisch geführten Länder genossen ein robustes und beneidenswert anhaltendes Wachstum, das durch technologische Innovationen verstärkt wurde. Die Sowjetunion produzierte ab 1949 abschreckende Atomwaffen, startete 1957 den Sputnik-Satelliten und brachte 1961 Juri Gagarin in die Erdumlaufbahn, was die USA zu der neiderfüllten Eitelkeit zwang, den „Mann“ auf dem Mond zu landen.

Kein Wunder, dass sich viele andere Länder der Dritten Welt dem Kommunismus zuwandten, während die engagiertesten der anderen Dritte-Welt-Versuche einer autonomen nationalen Entwicklung ebenfalls den sowjetische oder chinesischen Modelle gegenüber den westlichen „Entwicklungsempfehlungen“ den Vorzug gaben. Ihr Erfolg war beachtlich, auch wenn er hinter den hohen Erwartungen zurückblieb.

Die Nachkriegswelt war entschieden nach links gerückt, und ebenso die internationale Ordnung. Obwohl die USA versuchten, im britischen Stil des 19. Jahrhunderts Weltherrschaft nachzuahmen, war die Pluripolarität zu weit fortgeschritten. Ungeachtet ihres Großmachtgehobes im Kalten Krieg, unterlagen die USA Einschränkungen durch rivalisierende kapitalistische Mächte mit staatlich gelenkter gemischt-wirtschaftlicher Ordnung, durch Sozialismus-Spielarten, die sich ausbreiteten und stabilisierten, und Dritte-Welt-Länder, die auf Souveränität bedacht waren.

Die Bretton-Woods-Institutionen für internationale Regierungsführung, mit den Vereinten Nationen im Mittelpunkt, betonten die Gleichheit und Souveränität der Nationen und das Aggressionsverbot. Den USA gelang es, der Welt den Dollar aufzuzwingen, aber nur durch das Versprechen der Konvertibilität des Dollar in Gold, eine Last, die zu tragen, sie unfähig sein würden. Sie schafften es, den Nordatlantikpakt (NATO) zu errichten, was nur zu einer Abschreckung von Seiten des Warschauer Paktes führte. Kapitalverkehrskontrollen, Planung, Steuerung von Wirtschaft und Handel, sowie eine auf Vollbeschäftigung und Entwicklung ausgerichtete Fiskal- und Geldpolitik, waren normal und allgegenwärtig und schränkten das Kapital in nationalen Käfigen ein.

Die Länder der Dritten Welt, für die bei diesen Arrangements am meisten auf dem Spiel stand, schufen mächtige internationale Institutionen und Bewegungen – die Bandung- Konferenz, die Bewegung der blockfreien Staaten, die Gruppe der 77 +

China und die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung – um sich diese für die Entwicklung, Autonomie und Süd-Süd-Kooperation nutzbar zu machen. Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz – Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität, Verzicht auf Aggression, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen sowie friedliche Koexistenz – die 1954 von Zhou Enlai und Jawaharlal Nehru vereinbart wurden, fügten dem Imperialismus und dem Kapitalismus Rückschläge zu. Obwohl es auf der Linken einige Umschwünge gab, hauptsächlich die chinesisch-sowjetische Spaltung, erwarteten die meisten, dass sich die Linkstendenz der Welt im Sozialismus fortsetzen würde.

Doch das Kapital behielt das Kommando über die imperialen Ökonomien. Während es mit Unterstützung der Staaten die Produktionskapazität ausweitete, überstieg die Produktion - trotz enorm gesteigerter Nachfrage durch die Konsumtion der Arbeiterklasse und die sozialistischen und entwicklungspolitischen Fortschritte - unweigerlich die Nachfrage.

Der Produktivitätsfortschritt kulminierte trotz beträchtlicher staatlicher Unterstützung ebenfalls, und da hoch organisierte westliche Arbeiterklassen und Länder der Dritten Welt höhere Löhne und Preise forderten, drückten diese auf die Profite des imperialistischen Kapitals. Indem Investitionen und Wachstum sich verlangsamten, gerieten imperialistische Volkswirtschaften in eine Krise: Der Zweite Einbruch der 1970er Jahre, schicksalhaft zeitgleich mit der Niederlage der USA in Vietnam.

Neoliberalismus: Ein Elixier für den altersschwachen Kapitalismus?

Die kapitalistischen Volkswirtschaften standen nun vor einer Wahl: Vertiefung der sozialistischen Reformen, öffentliches Eigentum und Initiative der öffentlichen Hand und Investitionen in der weiter wachsenden Dritte Welt, um die Nachfrage auszuweiten, oder, wie von den vom Kapital finanziell geförderten Neoliberalen empfohlen, Aufhebungen der Kapitalbeschränkungen der Nachkriegszeit im Inland und Kampagne für deren Aufhebung im Ausland. Die erste Option begünstigte die Werktätigen und die Dritte Welt, die zweite das Kapital und seine Kompradoren-Lakaien.

Das Kapital gewann. Die Linke war politisch und intellektuell schwach, historisch gespalten in Bezug auf Reformismus, den Ersten Weltkrieg, die nach 1917 folgenden sozialistischen Revolutionen, die allgegenwärtige und heimtückische Repression im Kalten Krieg und die Wohlfahrtsstaaten und die verbesserten Lebensbedingungen. Sie konnte die große Mehrheit – Arbeiter, Frauen, nationalistische Bewegungen –, die bei der ersten Option alles zu gewinnen und bei der zweiten alles zu verlieren hatte, nicht zu einer sinnvollen politischen Alternative organisatorisch zusammenzufassen. Auch die Dritte Welt vermochte dies nicht. Trotz sozialistischer und revolutionärer Fortschritte, beispielsweise in Afghanistan, Südjemen, Angola und Nicaragua, sahen sich Entwicklungs- und Revolutionsprozesse einem intensiven Druck der imperialistischen Kräfte und der Kompradoren-Schichten sowie dem Verrat durch die um sich greifende Konterrevolution in der Sowjetunion ausgesetzt.

Der Neoliberalismus annoncierte sein Erscheinen mit einem Angriff auf die arbeitende Bevölkerung und ihre historischen Errungenschaften und einen massiven

Zinsschock, der die meisten strukturschwachen Länder der Dritten Welt in zwei für ihre Entwicklung „verlorene Jahrzehnte“ stürzen ließ. Das Elend der Werktätigen breitete sich auf die ehemalige Sowjetunion und die europäischen sozialistischen Länder aus, mit entsprechender kapitalistischer Restauration.

Doch obwohl der Neoliberalismus herrschte, scheiterte er. Er konnte das dynamische kapitalistische Wachstum nicht wieder aufnehmen, selbst in imperialistischen Ökonomien nicht. Er musste scheitern. Er ist intellektuell unaufrichtig. Bei seiner Entstehung in der Monopolphase des Kapitalismus versuchte er die Privilegien des Kapitals gegen die erstarkten Arbeiterklassen und später gegen die Sozialisten und die autonome nationale Entwicklung zu verteidigen, indem er das Lob der ökonomischen Freiheit, der Eigentumsrechte und des freien Marktwettbewerbs sang. Über ein halbes Jahrhundert später träumte das neoliberale Kapital mit seiner Wiederbelebung von nichts weniger als dem autoritären und imperialen Kapitalismus vor 1914.

Doch die historische Uhr kann niemals zurückgestellt werden, und der Neoliberalismus kam ungleichmäßig vorwärts – am weitesten gehend in dem bereits stärker liberalen anglo-amerikanischen Kernland des Kapitalismus – und stieß bei jedem Schritt auf den Widerstand der Bevölkerung.

Innenpolitisch hat die neoliberale Politik staatliches Eigentum, Regulierung und sozialen Schutz zurückgenommen. Sie griff Gewerkschaften an und bescherte den Werktätigen eine hohe Arbeitslosigkeit, stagnierende Reallöhne, weniger Vergünstigungen, einen verkleinerten Sozialstaat, mächtigere Arbeitgeber und weniger soziale Dienstleistungen.

International wurden der Internationale Währungsfonds und die Weltbank zu strengen Gerichtsvollziehern der imperialen Länder. Sie ignorieren die Verantwortung der Gläubiger und zwangen die Länder der Dritten Welt, ihre Schulden zurückzuzahlen. Als diese in den 1980er und 1990er Jahren den Export ankurbelten, waren die Märkte für die wenigen Rohstoffe und Low-Tech-Industriegüter, die sie produzierten, übersättigt, und Preise, Exporteinnahmen und Einkommen sanken. Mit der Forderung nach einem geschrumpften Staat, wurde auch die staatlich gelenkte kombinierte Entwicklung verhindert, die die Länder der Dritten Welt brauchten, um produktiver und wettbewerbsfähiger zu sein und um die Schulden mit weniger Mühe zurückzahlen zu können. Währenddessen erfreute sich das imperiale Kapital in allzu vielen Ländern der Dritten Welt eines verbesserten Zugangs zu Ressourcen, Gütern und Arbeitskräften und erdrückte die Souveränität, die Demokratie des Volkes und die nationale Entwicklung.

Doch ein sterbender Kapitalismus konnte von seinen politischen Vorteilen nur einen schlechten Gebrauch machen. Er bewirkte keine Umkehr des Abschwungs des Wirtschaftswachstums, des Fortschritts der Produktivität und der Investitionen. Seine geizige Weigerung, anständige Steuern, Löhne oder Einkaufspreise zu zahlen, verschlimmerte die Bedingungen der Nachfrage und die Ungleichheit, was auch durch die Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer bewirkt wurde.

Schlimmer noch, anstatt in die Produktion zu investieren, frönte das Kapital, insbesondere in imperialen Ländern, zunehmend seiner unproduktiven, räuberischen und spekulativen Finanzaktivitäten. Die USA machten dies möglich. Nach Entkoppelung des Dollar vom Gold 1971 forcierten sie systematisch auf Dollar lautende Finanzaktivitäten, damit Nachfrage und Wert des Dollars hoch blieben.

Steigende Schulden und Finanzblasen saugten das Geld von den Werktätigen, den kleinen Geschäftsleuten, den Regierungen und den Steuerzahlern ab, und trieben zugleich den Reichtum winziger Eliten in die Höhe, da die Regierungen die immer häufiger auftretenden Finanzkrisen zugunsten der Gläubiger lösten.

Dabei spielte die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) eine höchst ironische Rolle. Zu Sowjetzeiten hatte die experimentelle Kybernetik den Beweis für das Potenzial der IKT für die demokratisch-sozialistische Betriebsführung und Planung erbracht. Stattdessen nutzten es neoliberale Kapitalisten, um die Produktion unter ihrer Kontrolle ins Ausland zu verlagern, Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu unterstützen, Plünderung und Finanzspekulation zu betreiben, Land und Ressourcen zu ergattern, die Kontrolle über Mitarbeiter zu verstärken und Kunden zu manipulieren, das Nachfrageproblem eher zu umgehen als anzupacken und falsche Bedürfnisse zu wecken in ganzen Ozeanen unbefriedigter wirklicher Bedürfnisse. Solche Kapitalismen reduzierten das menschliche Wohlbefinden, die Qualität und Quantität von Arbeitsplätzen sowie die sozialen Dienstleistungen.

Der neoliberale Kapitalismus führte trotz verlangsamten Wachstums auch zum ökologischen Notstand der Umweltverschmutzung, des Klimawandels, des Verlustes der biologischen Vielfalt und der unsäglichen Grausamkeit gegenüber Nutztieren, da das Kapital alles, was die Erde der Menschheit kostenlos bietet, in Plünderung und Profit verwandelt hat. Tatsächlich könnte die aktuelle Pandemie möglicherweise nur das Überspringen des neuesten zoonotischen Virus auf den Menschen sein, was auf die beschleunigte Beanspruchung und Zerstörung von Lebensräumen von Wildtieren zurückzuführen ist.

Trotz eines klaren wissenschaftlichen Konsens in Bezug auf die Notwendigkeit staatlicher und internationaler Maßnahmen, macht das Beharren des Kapitalismus auf Profit und marktgetriebenen „Lösungen“ die Dinge nur noch schlimmer.

Der Neoliberalismus führte mit jedem Jahrzehnt zu einer Verschlechterung des Wachstums des Kapitalismus, und nach 2008 war das Wachstum langsamer als während der Großen Depression. Ende der 2010er Jahre erwarteten die meisten aufmerksamen Beobachter eine große Wirtschaftskrise der ausgehöhlten, kapitalistischen Produktionssysteme, am anschaulichsten existierend in der USA und dem Vereinigten Königreich, und eine Ausweitung der Proteste und sozialen Unruhen. Wie sich herausstellte, löste dann die Pandemie die Krise aus, welche die schockierende Perversion neoliberaler kapitalistischer Ökonomien wie nie zuvor und enthüllte und verschlimmerte.

Die Wiederbelebung der Volkswirtschaften und die Bewältigung des ökologischen Notstands und der Pandemie wird staatliche Investitionen sowie eine Industriepolitik, soziale Umverteilung, Umweltplanung und öffentliche Gesundheitsinfrastruktur in einem Ausmaß erforderlich machen, die mit dem Sozialismus vergleichbar ist und das Ende der Kontrolle der Kapitalisten über den Staat und die Politik bedingen.

Der Weg dorthin ist weit geöffnet. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem neoliberalen Kapitalismus ist breit und tief, insbesondere unter denen, die auch durch Geschlecht, Rasse und auf andere Weise marginalisiert werden.

Abdankung der Linken und Populismus

Allerdings haben es die historischen Parteien und Gewerkschaften der Werktätigen, von einigen ehrenvollen Ausnahmen abgesehen, meist versäumt, diese Unzufriedenheit zu mobilisieren.

Wichtige Gewerkschaften in kapitalistischen Ländern hatten unter dem demobilisierenden Einfluss des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) ihre historische Entscheidung für die Klassenzusammenarbeit mit den kapitalistischen Multis und supranationalen Institutionen getroffen. Unter dem Angriff des Neoliberalismus schrumpften derartige Gewerkschaften in der Regel zusammen und ließen auf der ganzen Welt ein wachsendes Prekariat unorganisiert zurück. Allerdings breiteten sich zahlreiche radikale Basisgewerkschaften aus, und der Weltgewerkschaftsbund (WFTU), Erbe antifaschistischer und antikolonialer Kämpfe, bleibt sozialistisch und antiimperialistisch und vereint über die imperiale Spaltung hinweg 120 Millionen Arbeiter in 135 Ländern.

Den historischen Parteien der Werktätigen erging es noch schlechter. Als sich in den 1970er Jahren rechte Parteien nach rechts in Richtung Neoliberalismus bewegten, folgten ihnen viele dieser Parteien und lockerten ihre Verbindungen mit den Werktätigen, wenn auch oft erst nach erbitterten Kämpfen.

Solche Veränderungen, am deutlichsten in West- und Osteuropa, sind auch in einigen Ländern der Dritten Welt sichtbar.

Es waren die gebildeten oder intellektuellen Elemente dieser Parteien, die die Richtung wiesen. Auf klassische Weise schlossen sie große Arbeiterklassen mit kleinen intellektuellen Gruppen zusammen. Doch sind letztere in den letzten Jahrzehnten unter Führung von Politikern wie Tony Blair und den Clintons zahlenmäßig angewachsen, was dazu führte, dass die Parteien, denen sie einst dienten, dominieren und in Richtung Neoliberalismus lenken, oft unter dem Stichwort der „Globalisierung“.

Die expandierenden Bürokratien in Verwaltung und Konzernen brauchten qualifiziertes Personal und vergrößerten die professionelle Führungsschicht. Die Auslagerung der Produktion im Zeichen des Neoliberalismus bewirkte eine Zentralisierung von Management, Planung und Entwicklung, Gestaltung, Rechtsberatung, Marketing, Werbung, Finanzen und andere derartige Funktionen in den westlichen Ländern, wodurch diese Gruppen weiter anwuchsen. Diese professionelle Managementschicht, die sich hoch über der Masse der arbeitenden Bevölkerung erhebt, genießt viele Privilegien, einschließlich des Zugangs zu privaten oder öffentlichen Ressourcen.

Aus dieser Schicht kommt das neoliberale politische Establishment: die gewählten Politiker sowie die Bürokraten in den Regierungen, Gewerkschaften und NGOs. Mit Parteigrenzen überschreitenden, beruflichen und familiären Verbindungen entstand ein parteiübergreifendes, den neoliberalen politischen Konsens widerspiegelndes, politisches Establishment, um uns das verwirrende Schauspiel einer das Weltsozialforum finanzierenden Ford Foundation, eines die EU-Statuten zur Finanzierung politischer Parteien entwerfenden Tony Blair und der von Fördermitteln der Europäischen Union und der Staaten zwangsläufig unter neoliberalen Bedingungen abhängigen, politischen Parteien und Stiftungen zu bieten.

Parteien unterscheiden sich mehr und mehr nur noch dadurch, wie sie ihre Wähler mobilisieren. Während rechte Parteien natürlich an den kleinbürgerlichen gesellschaftlichen Konservatismus appellieren, kombinieren historische Arbeiterparteien, die jetzt von Profis dominiert werden, den Neoliberalismus, der ihr Einkommen und ihren Lebensstil ausmacht, mit Sozialliberalismus. Selbst im besten Fall konzentriert sich der Sozialliberalismus auf die Kämpfe einzelner, normalerweise privilegierter Mitglieder marginalisierter sozialer Gruppen – Frauen, „sichtbare“ Minderheiten, sexuelle Minderheiten, ethnische Minderheiten. Derweil der Sozialliberalismus Schlagzeilen machende „Kulturkriege“ veranlasst, vernachlässigt er die große Masse der Arbeiterklasse dieser Gruppen, die überproportional verarmt, arbeitslos und prekär beschäftigt sind, deren Situation sich nicht verbessert und in Verbindung mit dem Neoliberalismus sogar verschlechtert. Vor allem deshalb haben die traditionellen europäischen sozialdemokratischen Parteien so stark an Rückhalt verloren.

Diese professionelle Schicht bevorzugt Treffen, Konferenzen, Foren, Mediendebatten und Wahlkampagnen gegenüber der harten Arbeit der politischen Massenorganisation in Arbeitervierteln und Fabriken. Indessen suchen die arbeitenden Menschen, die unter niedrigen Löhnen, niedrigen Preisen für ihre Produkte, unter Arbeitslosigkeit, Entfremdung und Prekarität leiden, weiterhin nach einem Sozialismus ihrer kollektiven Rechte. Sie sind jedoch voneinander getrennt durch Einkommen, Fähigkeiten, Geschlecht, Rasse und andere soziale Trennlinien und sie sind politisch verwirrt durch manipulative „Kulturkriege“ zwischen dem rechten und linken Flügel des objektiv reaktionären und konterrevolutionären neoliberalen politischen Establishments und ihre gemeinsamen Hexenjagden gegen wirklich radikale Führer und Bewegungen.

Dieses Establishment ist dazu übergegangen, sowohl die rechten als auch die linken Anstrengungen für die Mobilisierung der Masse der mit dem Neoliberalismus Unzufriedenen als „populistisch“ darzustellen. Sowohl die rechtsextreme Politik von Trump oder Bolsonaro oder Modi als auch die linke Politik von Corbyn oder Maduro wird beschuldigt, sich auf die soziale Spaltung zu konzentrieren. Erstere manipuliert jedoch die sozialen Spaltungen, die der Neoliberalismus geschaffen hat, um an die Macht zu kommen, letztere versucht, sie durch die Umkehrung des Neoliberalismus zu heilen. Schlimmer noch, die angebliche Ausgewogenheit des politischen Establishments ist trügerisch: Einen Trump können sie im Amt zur Not tolerieren, aber wirklich fortschrittliche Politiker müssen, bevor sie auch nur in diese Nähe kommen, gestoppt oder im Amt ständig gejagt werden.

Die *gewöhnlichen* Probleme der Menschen werden nicht einmal diskutiert, geschweige denn angegangen. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung in kapitalistischen Ländern – in der Dritten Welt, in postkommunistischen Ländern oder im deindustrialisierten Westen – dem Neoliberalismus nach wie vor ablehnend gegenüberstehen, da das politische Establishment selbst die geringsten Zugeständnisse ablehnt, kann diese Opposition wenig oder keinen politischen Ausdruck finden.

Insofern der wirtschaftliche Niedergang die Karrieremöglichkeiten der Mittelschicht reduziert, umfasst das Prekariat auch gebildete junge Menschen und ältere Manager. Wie in der Zwischenkriegszeit sind viele früher gemäßigte „Mittelschichten“ jetzt in

bedenklicher Weise von rechtsextremen Ideen angezogen. Viele in den Reihen der spontanen Rebellionen gegen den Neoliberalismus, die wie die französischen „Gelbwesten“ die Zähigkeit der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringen, brechen mit der Reaktion. Die politische und moralische Krise des internationalen Kommunismus nach 1991 und der Verrat der kommunistischen Führer, die den beruflichen Aufstieg durch die Parteibürokratien dem Dienst an den Werktätigen vorzogen, verschlimmern das Problem. Fiktive „Solidaritäten“ – Ethnizismen, Rassismen, Kommunalismen – wiegeln sie demagogisch gegen andere Opfer desselben Systems auf, um sie daran zu hindern, die wirklich Verantwortlichen für ihr Unglück zu identifizieren.

Heute tobt Klassenkampf *innerhalb* der Linken, wobei er *von* der Linken geführt werden müsste.

Doch mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise verlieren die politischen Establishments die Kontrolle über die Politik, zumal die Erfolge der sozialistischen Gesellschaften auf internationaler Ebene den Verfall des Kapitalismus und seine Kosten deutlich machen.

Neoliberalismus und westlicher Niedergang

Der Neoliberalismus konnte Schock und Schrecken seiner anfänglichen Offensive gegen die Werktätigen, die Dritte Welt und schließlich gegen die Sowjetunion und den osteuropäischen Sozialismus nicht durchhalten. Als sich die große Kluft zwischen den neoliberalen Ideen und der Realität immer weiter vergrößerte, war der Neoliberalismus als Reaktion darauf gezwungen, sich von seiner ursprünglichen Thatcher-Reagan-Form in den 1990er Jahren in „Globalisierung“, in den 2000er Jahren in das US-„Empire“ und in den 2010er Jahren in „Austerität“ zu verwandeln.

Als der Westen auf dem Grab der Sowjetunion tanzte, verkündete der Philosoph des US- Außenministeriums, Francis Fukuyama, das Ende der Geschichte. Die Menschheit habe ihr Ziel erreicht: liberale Demokratie und Kapitalismus. Weiter könne es nicht gehen. Eine fassungslose Welt erwartete Unipolarität und hoffte auf eine Friedensdividende. Die Geschichte selbst hatte andere Ideen.

Unipolarität?

Anstelle von Unipolarität beschleunigte sie den Fortschritt in Richtung Pluripolarität. Als der Neoliberalismus im Westen zu einem immer langsameren Wachstum führte, verlagerte sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft zu der schnell wachsenden sozialistischen Marktwirtschaft Chinas und zu den großen kapitalistischen Entwicklungsländern, welche die schlimmsten Auswüchse des Fundamentalismus des freien Marktes vermieden, wie Brasilien, Indien und Russland.

In den 2010er Jahren verlangten diese Länder eine Reform der internationalen Institutionen der Regierungsführung, einschließlich des IWF und der Weltbank. Als der Westen die Zusammenarbeit verweigerte, schufen sie, hier vor allem China, neue Institutionen. Dazu gehörten die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank, die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die Neue Entwicklungsbank und die Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerikas. China und Russland übernahmen die Führung der eurasischen Integration und sie nutzten Chinas

wachsende wirtschaftliche Schwerkraft – zwei Drittel der Länder der Welt handeln heute mehr mit China als mit den USA – , seine Belt and Road Initiative und Russlands wieder aufgebauten militärischen Fähigkeiten für die Wirtschafts- und Sicherheitsbedürfnisse der Nachbarländer. Der daraus entstehende eurasische Pol, der fast ein Drittel der Bevölkerung der Welt und mehr als die Hälfte ihres Territoriums umfasst, überwindet die schädliche Hinterlassenschaft der chinesisch-sowjetischen Spaltung mindestens in Bezug auf antiimperialistische Zielsetzungen.

Afrika und Lateinamerika behaupten sich ebenfalls gegen den Westen. Die „Rosa Welle“ linker Regierungen in Lateinamerika will trotz heftiger Bemühungen der USA, sie zu untergraben, nicht verschwinden. In Afrika sammeln sich trotz Rückschlägen wie in Libyen nationale und linke Kräfte. Ehemalige französisch-afrikanische Kolonien erlebten Massenbewegungen gegen den neokolonialen CFA-Franc. Die französische Besetzung der strategisch wichtigen Zentralafrikanischen Republik stieß auf Ablehnung, und Wahlen fanden unter dem Schutz russischer und ruandischer Truppen statt.

Die Staaten der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) widersetzten sich den unter Führung von Großbritannien betriebenen Anstrengungen für einen Regimewechsel in Simbabwe, während eine Reihe von Nachbarländern Mosambik helfen, den von ISIS beeinflussten Aufstand im Norden des Landes zu bekämpfen. Afrika und Lateinamerika sind heute wirtschaftlich und politisch unabhängiger und sie sind dabei, den Panafrikanismus und den Panlatinoamerikanismus wieder zu beleben, wofür Generationen revolutionärer Männer und Frauen gekämpft haben, was beweist, dass ihre revolutionäre Saat immer noch aufgeht.

Friedensdividende?

Auch die Friedensdividende scheiterte an der Umsetzung. Die USA versuchten, das Schwinden ihrer zentralen wirtschaftlichen Stellung durch militärische Aggression zu kompensieren. Es kam zu immer mehr Kriegen unter schmückenden Schlagworten wie „Menschenrechte“, „Demokratie“ und „Schutzverantwortung“ für Bürger angeblich gescheiterter Staaten, und nahmen einen hybriden Charakter an. Sie dienten nicht der Förderung der Demokratie, sondern des neoliberalen Kapitalismus mit dem Ziel der Öffnung armer Länder für extreme Ausbeutung durch das imperiale Kapital, bis hin zu Sklaverei, indem sie die grundlegendsten Menschenrechte verletzen – das Recht auf Leben und Entwicklung. Sie bestrafte auch unbotmäßige Länder wie Syrien, Kuba, Venezuela, die DVRK oder den Jemen, indem sie Medikamente, Öl und Lebensmittel blockierten.

Diese Kriege erwiesen sich auch als nicht enden wollend. Für den finanzialisierten und deindustrialisierten Westen, der noch immer bedeutende Rüstungsindustrien beheimatet, waren Kriege Industriepolitik. Fähig zu zerstören, aber nicht wiederaufzubauen, Kriege zu führen, um Waffen zu testen und für diese zu werben ebenso wie um zu gewinnen, errang der von den USA geführte Westen, unterstützt von Garnisonsstaaten wie Israel, keine Siege. Man hinterließ nur Spuren der Zerstörung.

Militarismus, Repression, Verarmung und Umweltzerstörung in wachsendem Ausmaß verursachten Wellen von Migrant*innen, die dann zurückgedrängt werden durch

von westlichen Ländern erzwungene Grenzkontrollen, die dann an Nachbarstaaten per Subkontrakt vergeben werden. Die Berliner Mauer war zwar gefallen, aber in der Folge entstanden weiter Hunderte davon und beschränkten die Freiheit der Rede, das Aussprechen der Wahrheit, das Whistleblowing und den Protest. Verletzungen der Menschenrechte wurden Routine, nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch in westlichen Städten wie Minneapolis oder Paris.

Wie kann es Menschenrechte geben ohne Frieden und Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und soziale Rechte? Wie können Staaten und Völker diese erreichen ohne Souveränität, Anerkennung der Pluripolarität der Welt und Respekt, anstatt der Stigmatisierung von Ländern wie China oder Kuba oder Nicaragua, die diese grundlegendsten Menschenrechte anstreben?

Der Kapitalismus begeht seine Verbrechen gegen die Menschheit und selbst gegen die Möglichkeit von Gesellschaft im Zeichen der antikommunistischer Propaganda und versucht zu verhindern, dass die Menschen erkennen, dass der Sozialismus ihre Menschenrechte besser schützen würde – die freie Meinungsäußerung, Religions- und Vereinigungsfreiheit ebenso wie das Recht auf ein anständiges, durch gute Arbeit gesichertes, gesundes und kulturell reiches Leben.

Dies war der prekäre Zustand der Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und des internationalen Einflusses des Westens, als die Pandemie ausbrach.

Kapitalismus und Sozialismus im Pandemie-Stresstest

Unvorbereitet trotz aller Vorwarnungen und zunächst deren Ernsthaftigkeit leugnend, wurden die kapitalistischen Länder, reiche und arme, von der Pandemie hart getroffen. Die soziale und gesundheitliche Infrastruktur, durch jahrzehntelange Unterfinanzierung bereits stark geschwächt, war in den meisten reichen Ländern überfordert und brach in vielen armen Ländern zusammen. Der ungedeckte Bedarf an Gesundheitsversorgung, ob durch Covid oder Nicht-Covid, stieg spiralförmig an. Kapitalistische Regierungen behaupteten, zwischen der Erhaltung von Menschenleben und von Lebensgrundlagen hin und her gerissen zu sein, obwohl sie faktisch Menschen für kapitalistische Profite gefährdeten.

In den USA galt die Priorität der Behörden in erster Linie einer in Umfang und Vielfalt von Maßnahmen beispiellosen Unterstützung der ohnmächtigen Finanzmärkte. Einige neoliberale Regierungen spielten sogar damit, „Herdenimmunität“ durch Infektion zu erreichen, ganz gleich wie zahlreich die Toten. Dies wurde durch einen öffentlichen Aufschrei verhindert, nicht aber die nur etwas weniger mörderische „Folgenminderungs“-strategie: Möglichst sparsamer Einsatz profitreduzierender Lockdowns, um Krankenhausbehandlungen niedrig genug zu halten, damit die schwachen öffentlichen Gesundheitssysteme nicht zusammenbrechen.

Die neoliberalen Regierungen, die sich lange schon der konzerngesteuerten und kommerzialisierten Medizin verschrieben hatten, weigerten sich einfach, die Gesundheitssysteme zu stärken oder die kommunalen sozialen und medizinischen Kapazitäten auszubauen, die erforderlich sind für das Testen, das Aufspüren und das unterstützte Isolieren von Fällen und Kontakten, um das Virus zu unterdrücken. Stattdessen boten Politiker ihren kapitalistischen Freunden Möglichkeiten der privaten Geschäftemacherei im Namen der Bereitstellung von Gesundheits- und öffentlichen Dienstleistungen. Zwischenzeitlich wurden die zögerlich verhängten

Sperren notgedrungen verlängert und wiederholt, was die Volkswirtschaften in einen tief negativen Bereich stürzte und die realen Lebensgrundlagen von Milliarden gefährdete.

In den neoliberalen kapitalistischen Ländern führten die chaotischen Zyklen von zögerlichen Lockdowns und zu frühen Lockerungen auch dazu, dass viele „wesentliche“ Arbeiter ungeschützt blieben, und eine unehrliche Kommunikation seitens der Regierungen sorgte dafür, dass viele sich den Beschränkungen und Impfungen widersetzen, und so einige der höchsten Fall- und Sterberaten der Welt zu verzeichnen waren.

Während reiche Länder Transferzahlungen anboten (um Nachfrage zu stimulieren, nicht Menschen zu unterstützen), war dies in den meisten bereits verschuldeten armen Ländern nicht möglich, deren Regierungen noch weniger in der Lage waren, auf die Pandemie zu reagieren oder Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Bereits bestehende tiefe soziale Spaltungen haben sich weiter vertieft. Gutverdiener arbeiteten von zu Hause aus. Bei vollen Gehältern und reduzierten Ausgaben zahlten sie sogar Schulden ab. Indem Stützungsmaßnahmen für die Finanzmärkte ihnen eine beispiellose Hausse bescherte, wurden Geldeliten wohlhabender und Milliardäre zahlreicher.

Die Werktätigen hingegen, insbesondere prekär beschäftigte Frauen, rassistisch betroffene Minderheiten und andere schutzbedürftige Gruppen, litten entweder unter Armut, Arbeitslosigkeit, Isolation, Verlust von Ersparnissen, räuberischer Verschuldung und purer Verzweiflung oder sie waren schlecht bezahlte, „unverzichtbare“ Arbeiter „an der Front“, arbeiteten weiter und waren außerdem Infektionen, Krankheiten und Todesfällen ausgesetzt. Schlechter Zugang zur Gesundheitsversorgung, überfüllte, überbelegte, minderwertige Wohnungen und Obdachlosigkeit erhöhen das Risiko von Infektion, Krankheit und Tod. Da viele Gewerkschaften diese Arbeitnehmer nur unzureichend oder gar nicht vertraten und opportunistische Arbeitgeber ihre Gesundheit nicht schützten, blieb ihre Notlage weitgehend unberücksichtigt.

Frauen als Mütter unter männlicher Kontrolle, als diejenigen, die für die unbezahlte Pflege von Kindern, Kranken und älteren Menschen sorgen, und aufgrund ihrer schlechter bezahlten Arbeitsplätze wurden durch die Pandemie und die Aussperrungen zusätzlich zurück geworfen. Die Anforderungen der Kinderbetreuung bei geschlossenen Schulen und Kitas führten dazu, dass Millionen von Frauen ihre Erwerbstätigkeit aufgaben. Haushalte, die von Frauen geführt werden, waren besonders stark betroffen. Als die Gesundheitssysteme zusammenbrachen, verloren Millionen von Frauen den Zugang zu Verhütungsmitteln und litten bei Lockdown überproportional unter häuslicher Gewalt.

Andere Randgruppen waren ebenfalls gefährdet. Aufgrund von Desinformation durch Regierungen und rechter Sündenbock-Hetze litten verschiedene Minderheiten – Ostasiaten in Nordamerika, Muslime in Indien – unter zunehmender Gewalt und Volksverhetzung. Die Diskriminierung sexueller und geschlechtsspezifischer Minderheiten in den Bereichen Beschäftigung, Wohnen, Gesundheitsfürsorge und soziale Dienste hat zugenommen, wodurch sie auch größeren Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind.

Schließlich waren junge Menschen von Isolation und Mangel an sozialer Teilhabe und Unterbrechung der Ausbildung und Examen ganz besonders betroffen. Diejenigen, die keinen zuverlässigen Zugang zu Computern, Internet und Strom hatten, litten am meisten, und viele werden die Schule vielleicht ganz abbrechen. Schlechte Berufsaussichten und die Möglichkeit, überhaupt keine Anstellung zu finden, verstärkten die Hoffnungslosigkeit der Jugendlichen.

Der Kontrast zu Chinas sozialistischem System war verblüffend. Ausgestattet mit einer für ein Entwicklungsland beeindruckenden Gesundheitsinfrastruktur, regiert von einer Partei, die in der Lage ist, der Rettung von Leben zielstrebig Vorrang einzuräumen – indem sie innerhalb von Tagen voll ausgestattete Krankenhäuser baut oder Gesundheitspersonal aus dem ganzen Land mobilisiert, um nach Wuhan zu eilen – hat China das Virus unterdrückt, Leben gerettet und kann sich nun einer Wirtschaft rühmen, die wieder an der Spitze des weltweiten Wachstums steht.

Andere sozialistische Erfahrungen waren ähnlich: Per 06. August 2021 lag die Zahl der Todesfälle pro Million in China bei 3,22 in Vietnam, Laos (dem am stärksten bombardierten Land der Welt), Kuba, Venezuela und Nicaragua bei 27,94 – 0,96 – 281,11 – 128,92 bzw. 29,59 Todesfällen pro Million. Zum Vergleich: In den USA, dem Vereinigten Königreich, Kanada und Frankreich waren es 1.858,96 – 1.920,72 – 704,81 bzw. 1.661,87. Die ostasiatischen, kapitalistischen Volkswirtschaften mit ihren Traditionen des Staatsinterventionismus und der "konfuzianischen" sozialen Sitten schnitten mit 120,61 bzw. 41,21 Todesfällen pro Million in Japan und Südkorea besser ab.

Die kapitalistischen Länder versuchten alles, um diesen sozialistischen Erfolg nicht anzuerkennen. Selbst die angesehene medizinische Fachzeitschrift The Lancet zog es vor, die Überlegenheit der Unterdrückung gegenüber der Folgenabmilderung mit einer Studie zu belegen, die sich auf die OECD-Länder beschränkte und die vorbildlichen sozialistischen Modelle der Unterdrückung ausschloss.

Die neoliberalen Regierungen, nicht bereit, öffentliche Mittel in Fähigkeiten und Menschen zu investieren, um das Virus zu unterdrücken, vielmehr geflissentlich bestrebt, die Profite von Big Pharma zu steigern, setzten alles auf Impfstoffe. Doch Impfstoffe, obwohl notwendig, reichen nicht aus, um die Pandemie zu bekämpfen. Ein angemessenes, kommunales System von Tests, Rückverfolgung und gut unterstützter Isolierung ist von entscheidender Bedeutung, vor allem, wenn die durch Erosion des Vertrauens verursachte geringe Impfbereitschaft dazu führt, dass selbst in den reichen Ländern bei weitem nicht die für die Immunität der Bevölkerung erforderlichen Mengen geimpft werden und die Dritte Welt weitgehend ungeschützt bleibt, so dass immer wieder neue Varianten auftauchen und sich ausbreiten.

Die neoliberale Impfstoff-Apartheid wird dafür sorgen, dass dies der Fall ist. Die reichen Länder kaufen die knappen Vorräte auf und halten sie knapp, indem sie darauf bestehen, die "geistigen Eigentumsrechte" von Big Pharma zu respektieren, und viele Länder daran hindern, sie herzustellen. Wenn China und Russland die weltweiten Impfstoffvorräte durch erschwingliche Verkäufe und Spenden aufstocken, verhöhnt der Westen dies als "Impfstoffdiplomatie" und hält arme Länder davon ab, sie anzunehmen.

Wenn neue Varianten auftauchen, bringen neue Impfstoffe oder Auffrischungen zwar Big Pharma größere Profite, halten aber auch die kapitalistischen Gesellschaften in

einem Kreislauf lokaler oder nationaler Lockdowns und Lockerungen und all dessen, was das für die Lebensgrundlage der arbeitenden Menschen bedeutet, ganz zu schweigen von der Verschärfung von Unsicherheit, Ungleichheit, Hoffnungslosigkeit und Tod.

Der Aufschwung wird, wenn er kommt, garantiert schwach und K-förmig sein und die Ungleichheiten zwischen einer kleinen, immer unverschämt reicher werdenden Elite und dem Rest weiter vertiefen.

Klassen- und nationale Kämpfe für den Sozialismus

Der krasse Gegensatz zwischen den Erfolgen des Sozialismus und den Misserfolgen des Kapitalismus hat das Schicksal des Kapitalismus in den Zusammenhang der internationalen Machtverhältnisse gestellt. Die Fortschritte auf dem Weg zum Sozialismus werden in naher Zukunft genauso viel, wenn nicht sogar mehr, mit internationalen Kämpfen zu tun haben als mit nationalen Klassenkämpfen.

Die imperialistischen Kapitalisten reagieren darauf, indem sie versuchen, eine neue Phase des Neoliberalismus einzuleiten, eine pseudophilanthropische Phase. Der vorherrschende Diskurs wird behaupten, die Menschen mit den wichtigsten Gütern zu versorgen, seien es Impfstoffe, umweltfreundliche oder medizinische Technologien oder Bildungs- und Gesundheitsdienste. Bei weiter abnehmender Nachfrage infolge der durch die Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise wird der Staat logischerweise der bevorzugte Abnehmer sein. Der Diskurs über das "Recht" der Bürger, bestimmte Produkte und Dienstleistungen zu verlangen, wird stark zunehmen. Ebenso wird der Diskurs über die Notwendigkeit einer größeren Rolle des Staates und von höheren Staatsausgaben zunehmen. Die private Produktion dieser "lebenswichtigen Güter" für die Profite der Unternehmen wird mit Argumenten wie "Innovation", "Auswahl" und "Effizienz" gerechtfertigt. Die Steuereinnahmen sorgen für die Bezahlung von tatsächlich ineffizienter und autoritärer privater Produktion von minderwertigen und unzulänglichen Gütern und Dienstleistungen. Finanzspekulationen und Rentieraktivitäten werden unvermindert fortgesetzt.

Natürlich wird dieser neue Neoliberalismus aufgrund der sich vertiefenden sozialen Spaltung und der fortgeschrittenen produktiven Schwäche des Kapitalismus zweifellos auf Widerstand stoßen. Selbst ohne eine organisierte und kluge linke Opposition werden seine offensichtlichen Misserfolge angesichts der sich häufenden Enthüllungen von Betrug und Korruption die Politik erschüttern. Auf internationaler Ebene werden die Bemühungen, diese Praktiken und Diskurse über den imperialen Kern des Kapitalismus hinaus zu exportieren, nur begrenzt erfolgreich sein, da die verantwortungsbewussteren Regierungen nach alternativen Handels- und Investitionsbeziehungen suchen, wie die auf China ausgerichteten.

In dem Maße, wie die Pluripolarität voranschreitet, die imperialistische und die Dollar- Dominanz zurückgeht und der Kapitalismus weiterhin schlecht funktioniert, wird die Propaganda des Neuen Kalten Krieges gegen China zunehmend hohl klingen. Schlimmer noch, die Spaltungen innerhalb des imperialen Lagers – innerhalb der NATO, zwischen den Staaten und sogar innerhalb der kapitalistischen Klassen – können nur noch zunehmen, dank der wachsenden wirtschaftlichen Anziehungskraft Chinas, die selbst für den Westen, seine traditionellen Verbündeten und die Konzerne gegeben ist. Die Versuche der USA, „demokratische“ Verbündete in Europa, Ost- und Südasiens und

an den Antipoden in eine neue "indo-pazifisch quadrilaterale" Strategie einzubinden, sind bereits ins Stocken geraten.

Die "regelbasierte internationale Ordnung", die auf angeblich universellen von den USA vertretenen Werten beruht, wird zunehmend als das entlarvt, was sie ist: eine imperialistische Verweigerung des Rechts der Dritten Welt auf Entwicklung, die durch militärische Aggression, Sanktionen, Embargos und Kriege durchgesetzt wird. Chinas Unterstützung einer internationalen "Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit" auf der Grundlage gemeinsamer Werte und UN-Prinzipien sowie der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz bietet eine weitaus attraktivere Alternative, die in der Lage ist, die gemeinsamen Probleme der Menschheit zu lösen.

Der Kapitalismus befindet sich innenpolitisch und international in einer Sackgasse, und die für den Sozialismus kämpfenden Klassen und Nationen müssen solidarisch vorankommen. Bei diesem Vormarsch mögen einige Regierungen und Bewegungen, wie z. B. der Iran oder die Ansarullah im Jemen, auf den ersten Blick als seltsame Mitstreiter der Werktätigen und ihrer sozialistischen Nationen und Bewegungen erscheinen. Sie sind jedoch imperialistischen Aggressionen, Kriegen, Blockaden, Wirtschafts- und Finanzsanktionen, Farbrevolutionen und Regimewechseln ausgesetzt und verdienen daher zumindest antiimperialistische Solidarität.

Die Forderungen der Menschen und Völker nach Sozialismus heute

Der Kapitalismus hat schon vor langer Zeit aufgehört, historisch fortschrittlich zu sein. Die Menschheit steht vor der Aufgabe, die weltumspannende Vergesellschaftung der Produktion seiner Kontrolle zu entreißen, gerade an der Schwelle zu einer neuen industriellen Revolution, die Robotik, künstliche Intelligenz, Nanotechnologie, Quantencomputer, Biotechnologie, das Internet der Dinge, 3D-Druck und ähnliche Gebiete umfasst. Der Kapitalismus kann deren volles Potenzial nicht entfalten, während China den Weg weist und zunehmend die Kontrolle über die dazu gehörigen Standards, geistigen Eigentumsrechte und die damit verbundenen Rentier-Einkünfte von der kapitalistischen Welt übernimmt und damit die Cyber-Vorherrschaft des US-Sicherheitsstaates herausfordert.

Heute bereits bauen einige Völker den Sozialismus auf, aber die meisten müssen den Preis dafür zahlen, dass das schrumpfende und erpresserische Kapital die Kontrolle behält. Es ist höchste Zeit, dass alle arbeitenden Menschen mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen, indem sie sich zu einer "Klasse für sich" zusammenschließen, die Kapitalistenklasse stürzen und die politische Macht übernehmen.

Natürlich werden wir den Kommunismus – eine Gesellschaft, die Gebrauchswerte anstelle von (Tausch-)Werten produziert und das Sozialprodukt verteilt, indem sie "jedem nach seinen Fähigkeiten" nimmt und "jedem nach seinen Bedürfnissen" gibt – erst am Ende eines langen Weges erreichen. Wir müssen mehrere Etappen des Sozialismus durchlaufen – eine zunehmend vergesellschaftete Produktion, Verteilung und Sichtweise – bevor unsere Produktionskapazitäten, unsere Gesellschaften und unsere Kulturen in der Lage sind, mit anderen Individuen, Gruppen und Gesellschaften solidarisch zusammenzuarbeiten und dabei harmonisch mit anderen Arten und dem Planeten zu leben.

Dabei liegt der Schlüssel darin, dem Kapital die Kontrolle über den Staat zu entreißen. Die Rolle der öffentlichen Macht, des Staates, ist wesentlich und

unverkennbar, und die Kontrolle darüber sollte in den Händen der arbeitenden Menschen liegen. Auch wenn besonders in der Anfangsphase des Sozialismus das Kapital einen beträchtlichen privaten Unternehmenssektor beherrschen kann, muss ein sozialistischer Staat die gesamte Produktion fortschreitend sozialen Zwecken durch Planung für das Allgemeininteresse unterwerfen. Ob die vorhandenen Produktionsmittel vergesellschaftet werden sollen, ist eine kontextabhängige und oft pragmatische Entscheidung.

Jedes Land wird entsprechend der historischen Konstellation seiner produktiven Entwicklung, seiner sozialen Organisation und seiner Kultur diesen Weg in seinem eigenen Tempo und nach seinem eigenen Modell beschreiten. Einige werden sich der Reise vielleicht erst spät anschließen, andere werden interessante Umwege machen, und einige, wahrscheinlich wenige, werden in absehbarer Zeit nicht dabei sein.

Das übergeordnete Prinzip "Menschen und Planet vor Profit" impliziert die folgenden Hauptforderungen der Menschen und Völker, die für den Sozialismus kämpfen:

1. Das physische, wirtschaftliche und emotionale Leid während der Pandemie macht die vollständige Vergesellschaftung der Gesundheitsversorgung mit allgemeinem, kostenlosem Zugang am Ort der Inanspruchnahme zum Hebel, der die Tore zum Sozialismus öffnet. Sie muss kommunale, öffentliche Gesundheitssysteme umfassen, die bis in die entlegensten Bezirke und Dörfer reichen und die besten Präventions- und Behandlungsmethoden für gegenwärtige und künftige Pandemien bieten können. Solche Gesundheitssysteme sind sowohl in armen als auch in reichen Ländern möglich und haben zwei weitere Vorteile. Ihr Bedarf an qualifizierten Ärzten wird zu einer Ausweitung des öffentlichen Erziehungswesen, der Ausbildung und Forschung in Bezug auf Vorbeugung und Behandlung führen, wodurch vielen Menschen eine qualitativ hochwertige Arbeit geboten wird. Eine dafür notwendige aktiv handelnde öffentliche Verwaltung, die sich stark für die soziale Wohlfahrt einsetzt, ist genau das, was objektiv für den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft erforderlich ist. Wenn sich ein solches öffentliches Gesundheitssystem als wenn auch nicht vollständig, so doch zumindest im Wesentlichen als möglich erweist, werden die Menschen die Notwendigkeit erkennen, fordern und bereitwillig darauf hinarbeiten, das Modell auf andere verwandte Bereiche wie Bildung, Kinder- und Altenbetreuung oder Wohnungswesen auszudehnen.

2. Um den weiteren Weg des sozialistischen Fortschritts zu skizzieren, erinnern wir uns an das, was Marx genau wusste: Die beiden Hauptelemente der Produktion, Boden und Arbeit, sind keine Waren, und auch das Hauptinstrument ihrer gesellschaftlichen Organisation, das Geld, ist keine Ware. Indem der Kapitalismus sie als solche behandelt, verstrickt er sich in Widersprüche – solche der privaten Aneignung der Früchte der gesellschaftlichen Arbeit, der Umweltzerstörung und der Prekarität von Produzenten landwirtschaftlicher Waren und Rohstoffe sowie solche des verfehlten Einsatzes des Geldes und der Finanzkrisen. Die Beseitigung des Warencharakters von Land, Arbeit und Geld wird einen großen Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus darstellen.

Die Dringlichkeit der Lösung des ökologischen Notstands kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir müssen Land und Gewässer in öffentliches Eigentum überführen, um einen praktikablen und umsetzbaren Plan zur Verhinderung von Umweltkatastrophen zu entwickeln. Ein solcher Plan sollte auf einer breiten Beteiligung der Bevölkerung und groß angelegten staatlichen Investitionen beruhen

und er wird notwendigerweise folgendes beinhalten: Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, Investitionen in und Einsatz von erneuerbaren Energien und kohlenstofffreie öffentliche Verkehrsmittel in einem noch nie dagewesenen Ausmaß, Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, Aufforstung und Umstrukturierung des Ernährungssystems. Er wird auch die rationelle und gerechte Bereitstellung von Wohnraum und die Zuweisung von Land für verschiedene wirtschaftliche Zwecke fördern.

Ein allgemeiner Zugang zur Arbeit und deren Entlohnung für alle Arbeitsfähigen in Verbindung mit der Unterstützung der Arbeitsunfähigen und einer Verringerung der Arbeitszeit für alle, bei steigender Produktivität, öffnet die Tür zu einer autonomen und kreativen Tätigkeit, die die individuelle Entfaltung, die Wissenschaft und die Kultur auf ein bisher ungeahntes Niveau heben kann.

Wir müssen Geld und Banken verstaatlichen, um sie in Instrumente der gesellschaftlich organisierten Produktion und Verteilung umzuwandeln. In den letzten Jahren haben die imperialistischen Länder versucht, neben Land, Arbeit und Geld auch Wissen und Technologie durch geistige Eigentumsrechte zu Waren zu machen. Wie die Natur, so sind auch Kultur, Wissen und Technologie das gemeinsame Erbe der Menschheit, ihre zweite Natur. Wir müssen auch ihre Kommodifizierung umkehren und Bildung und Forschung öffentlich und den Wissensfluss frei zugänglich machen.

3. Ein weiterer sozialistischer Fortschritt liegt in dem rationalen Prinzip, dass Monopole – wie die Rohstoffgewinnung, das Transportwesen, die digitalen Plattformen, deren private Eigentumsform die volle Nutzung ihres Potenzials zum Nutzen der Gesellschaft verhindert – und die Produktion der lebensnotwendigen Güter – Lebensmittel, Wohnraum, Bildung oder Gesundheitsversorgung – stark reguliert oder verstaatlicht werden müssen. Ihre private Eigentumsform ist der Gesellschaft nicht dienlich.

Die Entwicklung zum Sozialismus wird dort reibungsloser verlaufen, wo öffentliche Versorgung und öffentliches Eigentum dank der Klassen- und internationalen Kämpfe bereits weit fortgeschritten sind. Natürlich müssen wir ihre bestehenden Beschränkungen – klassenbedingte, patriarchalische und rassistische Vorurteile – beseitigen und sie demokratisieren, nicht nur formal, sondern substanziell.

4. Alle Länder, insbesondere die wohlhabenden, müssen auch durch Debatten und Diskussionen den wirklichen Bedarf von dem "Bedarf" unterscheiden, der aufgrund der für den Kapitalismus notwendigen Märkten durch Illusionen der Konsumenten und eingeplante Obsoleszenz künstlich erzeugt wird und statt Befriedigung nur permanente Unzufriedenheit und Begehrlichkeit erzeugt, ganz zu schweigen von der Umweltzerstörung. Eine entscheidende logische Folge ist die Beendigung aller verschwenderischen Aktivitäten – zum Beispiel der Waffenproduktion (über die Grundverteidigung hinaus) oder der Finanzspekulation.

Diese Ziele werden für Gesellschaften in dem richtigen internationalen Umfeld leichter zu verfolgen sein.

5. Wir müssen uns dem von den USA unterstützten imperialistischen Neuen Kalten Krieg entgegenstellen und eine anspruchsvolle multilaterale internationale Regierungsführung aufbauen, die es allen Ländern ermöglicht, sich zu entwickeln,

eine Gleichbehandlung in ökonomischer, geschlechtsspezifischer, rassistischer und religiöser Hinsicht herzustellen und gemeinsame Herausforderungen durch ökonomische, politische, finanzielle, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen im Rahmen von "Win-Win"-Beziehungen in Angriff zu nehmen. Echte Entwicklung in der Dritten Welt braucht Investitionen in menschliche Fähigkeiten und eine neue wissenschaftliche und technologische Revolution zur Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen und des Planeten, eine kooperative Integration der Volkswirtschaften zur Weiterentwicklung der Industrie-, Daten- und Humanressourcenketten sowie eine nachhaltige Konnektivität und grüne Infrastruktur, um die Gewinne weiträumig zu verteilen.

6. Wir müssen auch den falschen und heuchlerischen Universalismus in Frage stellen, mit dem die imperialistischen Länder seit Jahrhunderten ihre Vorherrschaft verbrämt haben. Wir müssen ihn durch gemeinsame Werte und Prinzipien ersetzen, um es mit den gemeinsamen Herausforderungen aufzunehmen: Unsicherheit, Misstrauen, Respektlosigkeit, Krieg, ungleiche Entwicklung, zunehmende Ungleichheiten aller Art, schwere Schäden an menschliches Leben erhaltenden Gütern wie Land, Böden, Wasser, Meeren und Luft, deren Verschlechterung die ökologische Gesundheit bedroht, unzureichende Gesundheitsinfrastruktur, ineffektives Katastrophenmanagement und unhaltbare Schulden. Die internationale Regierungsführung muss die objektive und sich entwickelnde Pluripolarität der Welt widerspiegeln. Die ursprünglichen Ideale der Charta der Vereinten Nationen und die Grundsätze der friedlichen Koexistenz, die von der Bewegung der Blockfreien Staaten vertreten werden, sind eine hervorragende Grundlage für den weiteren Aufbau von Alternativen zu den von den USA und dem Westen dominierten Institutionen. Die Vielfalt unserer Welt und ihrer Zivilisationen ist eine große Ressource, und nur Prinzipien der Gleichheit, der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Vertrauens können sie erhalten. Auch wenn Frieden, Entwicklung, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit gemeinsame Werte der Menschheit sind, gibt es doch kein universelles politisches Modell. Stattdessen muss sich die Welt in ständigem Austausch befinden, voneinander lernen und die Vorteile des Fortschritts teilen.

Arbeiter aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt euch!